

Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend

Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe

I. Einleitung

In der öffentlichen Debatte erlebt die Frage nach der Beteiligung der Jugend eine neue Konjunktur. Es geht um „zivilgesellschaftliche Beteiligung“, „bürgerschaftliches Engagement“, „politische Partizipation“ und „Ehrenamt“. Die Bundesregierung hat im Jahr 2000 die „zivile Bürgergesellschaft“ zum gesellschaftspolitischen Programm erhoben. Von der UN-Vollversammlung wurde das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ erklärt. Die Wissenschaft hat, gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, erstmals eine breit angelegte Studie zum Ehrenamt vorgelegt.¹ Im Jahre 2002 wird die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ entsprechende Diagnosen und Empfehlungen vorlegen. Fraglich bleibt allerdings, ob letztlich alle diese Aktivitäten eher auf eine Entlastung der öffentlichen Hand hinauslaufen oder ob durch eine vermehrte und institutionell abgesicherte Kontrolle staatlichen Handelns die Beteiligungsbereitschaft verstärkt wird.

Die grundsätzliche Brisanz der Diskussion um die Beteiligung junger Menschen liegt darin, dass mit ihr nicht nur Fragen der sozialen Integration der nachwachsenden Generation thematisiert werden, sondern zugleich auch Erosionsprozesse der drei zentralen Integrationsmodi der Gesellschaft angesprochen sind: der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme, des Arbeitsmarktes und der demokratischen Institutionen.² Es geht nämlich um die

Folgeprobleme erstens der Veränderungen des Sozialstaats hin zu einem wohlfahrtspluralistischen Modell, zweitens der Deregulierung des Arbeitsmarktes und drittens des Strukturwandels der Demokratie als Partizipationsgemeinschaft. Für junge Menschen bedeutet dies eine mehrfache Herausforderung: Es geht nicht mehr „nur“ um eine erfolgreiche Bewältigung der klassischen jugendbiografischen Aufgaben soziokultureller und ökonomischer Selbstständigkeit. Jugendliche müssen vielmehr das Erwachsenwerden innerhalb dynamischer gesellschaftlicher Verhältnisse bewältigen. Sie werden mit steigenden Anforderungen an Flexibilität in der Arbeitswelt, an Eigenständigkeit in der Wohlfahrtssicherung und an Aktivität bei der Beteiligung am demokratischen Prozess konfrontiert.

Im vorliegenden Beitrag steht vor allem das Spektrum der *politischen* Partizipation im Mittelpunkt. Es reicht von der Mitgliedschaft in Organisationen über die Mitarbeit in informellen Gruppierungen bis zur punktuellen Beteiligung an öffentlichen Aktionen (z. B. Demonstrationen, Unterschriftensammlungen).³

II. Ergebnisse zur Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener

In der Diskussion um gesellschaftliches Engagement ist die Definition des Gegenstandes des

1 Vgl. Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999, drei Bände der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bernhard von Rosenblatt, Gesamtbericht (Bd. 194.1); Joachim Braun/Helmut Klages, Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial (Bd. 194.2), und Sibylle Picot, Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport (Bd. 194.3), alle Stuttgart 2000; vgl. zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25–26/2001.

2 Vgl. Sebastian Braun, Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftlichen Debatte, in: Leviathan, (2001) 1, S. 83–109, sowie ders., Bürgerschaftliches Engagement im politischen Diskurs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (Anm. 1), S. 3–5.

3 Die Darstellungen der empirischen Ergebnisse beziehen sich zentral auf den DJI-Jugendsurvey, dessen thematische Schwerpunkte die Erfassung politischer Orientierungen und Beteiligungen sowie die Lebensverhältnisse junger Menschen sind. Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts basiert auf standardisierten mündlichen Befragungen 16- bis 29-jähriger Deutscher in beiden Teilen der Bundesrepublik. Beide Erhebungswellen (die erste 1992, die zweite 1997) sind repräsentativ für die BRD und erfassen jeweils ca. 7 000 Befragte (ca. 4 500 West, 2 500 Ost). Für die Ergebnisse der ersten Erhebungswelle vgl. Ursula Hoffmann-Lange (Hrsg.), Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, für die zweite Welle vgl. Martina Gille/Winfried Krüger (Hrsg.), Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000.

Tabelle 1: Mitgliedschaftsquoten der 16- bis 29-Jährigen in traditionellen Organisationen und Verbänden (in Prozent)

	West		Ost	
	1992	1997	1992	1997
Gewerkschaften	15	7	22	8
Berufsverbände	5	2	4	3
politische Parteien	2	4	3	1
kirchliche/religiöse Vereine und Verbände	9	7	8	3
Wohlfahrtsverbände	1	2	1	1
Heimat- u. Bürgervereine	2	9	1	5
Jugend- und Studentenverbände	5	6	3	5
Sportvereine	38	33	22	20
sonstige gesellige Vereinigungen	9	11	5	6
Bürgerinitiativen	2	2	1	0
andere Vereine/Verbände	8	7	5	5
Mitgliedschaft in mind. einer Organisation	59	52	50	39
aktiv in mind. einer Organisation*	54	47	42	33

* „Aktiv“ bedeutet: auf die Frage, „wie stark Sie an den Verbands- bzw. Vereinsaktivitäten teilnehmen“, wurde eine der drei Möglichkeiten angegeben: „Ich übe ein Amt, eine Funktion aus“, übe keine Funktion aus, aber „nehme regelmäßig teil“ oder „nehme gelegentlich teil“. Basis: alle Befragten.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997

Engagements oft unklar. Für die folgende Analyse sollen drei Formen von Beteiligung unterschieden werden:⁴

Die *erste* Form von Beteiligung findet sich im Kontext des institutionalisierten Bereichs des „intermediären Systems“ – in den großen Organisationen und Verbänden. Diese Organisationen bündeln Interessen, sind funktional gegliedert und verstehen sich als Mitgliederorganisationen. Mitgliedschaften und Mitarbeit darin sind eher langfristig, Loyalitäten oder instrumentelle Bindungen stark.

Davon lässt sich *zweitens* die Beteiligung an informellen Gruppierungen, Initiativen und auch alternativen Organisationen wie z. B. Umweltgruppen, Gruppen der Friedensbewegung, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen unterscheiden. Solche Gruppierungen können als so genannte Formen einer Neuen sozialen Bewegung mit einem zusammenfassenden Etikett versehen werden; sie entwickelten sich im Laufe der siebziger und achtziger Jahre außerhalb der Parlamente und der etablierten Politik in Verknüpfung alltäglicher Aktionsfelder und politisch-öffentlicher Zielsetzungen.

Drittens schließlich gibt es Formen, die sich in punktuellen Beteiligungsaktionen ausdrücken. Es geht dabei um politische Handlungen, die eher

4 Diese sind eher mit dem Begriff des „sozialen Kapitals“ (vgl. Robert D. Putnam, *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York u. a. 2000) zu fassen als mit dem vom „bürgerschaftlichen Engagement“, bei dem der positive Beitrag zum Gemeinwesen oder gesellschaftlicher Nutzen im Vordergrund steht.

temporär und situativ der Unterstützung oder Artikulation politischer Ziele dienen.

1. Abnehmende Mitgliedschaft in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden

Die Zugehörigkeit zu Organisationen, Vereinen und Verbänden kann für Jugendliche und junge Erwachsene wichtig für die Identitätsentwicklung, die soziale Vernetzung und die Durchsetzung ihrer Interessen sein. Mitgliedschaft hat aber nicht nur auf dieser individuellen Ebene der Möglichkeit sozialer Integration einen hohen Stellenwert, sondern auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene als Element der Systemintegration. Aktuell wird als Hauptproblem von Organisationen und Verbänden die Nachwuchsfrage benannt.⁵

In *Tabelle 1* sind die Mitgliedschaftsquoten der 16- bis 29-Jährigen für 1992 und 1997 angegeben. Sie liegen außer bei den Sportvereinen und den Gewerkschaften (dort nur für 1992) unter 10 Prozent und weisen häufig in den Jahren 1992 bis 1997 eine Abnahme auf. Die Entwicklung der Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften lässt einen besonders starken Rückgang erkennen: Sie haben gegenüber 1992 mehr als eine Halbierung ihrer Mitgliedschaftsquote – von 15 Prozent auf 7 Prozent West und von 22 Prozent auf 8 Prozent Ost – hinnehmen müssen, womit eine Ost-West-Anglei-

5 Vgl. Bernhard Weßels, Vermittlungsinstitution und Interessenvertretung: Zur Performanz von Mitgliederorganisationen in Deutschland, in: Achim Koch/Martina Wasmer/Peter Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2001, S. 221–246.

chung auf niedrigem Beteiligungsniveau stattgefunden hat. Nach den Daten des Wohlfahrtsurveys⁶ nimmt der Anteil der Mitglieder in Gewerkschaften auch in der Gesamtbevölkerung ab, und zwar von 17 Prozent West und 25 Prozent Ost im Jahr 1993 auf 12 Prozent West und 13 Prozent Ost im Jahr 1998. Besonders drastisch ist nach den Ergebnissen des DJI-Jugendsurveys dieser Einbruch beim gewerkschaftlichen Engagement der jungen Frauen in den neuen Bundesländern: Diese sind gegenüber 22 Prozent im Jahr 1992 im Jahr 1997 nur noch zu 6 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Der erhebliche Rückgang der Gewerkschaftsmitgliedschaft darf aber wohl nicht als Mangel an Motivation interpretiert werden, sondern muss im Zusammenhang struktureller Veränderungen in der Arbeitswelt gesehen werden (Flexibilisierung der Arbeitskraft, Tertialisierung der Wirtschaft, Deregulierung). Der Trend bestätigt sich auch in den gewerkschaftseigenen Mitgliederdaten: So weist die Statistik der DGB-Jugend mit knapp 600 000 Mitgliedern im Jahre 1998 einen Rückgang von 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus.

Einen Gesamteindruck vermittelt der Anteil derjenigen, die in mindestens einer der angegebenen Organisationen Mitglied sind (vgl. Tabelle 1). Auch hier ist ein Rückgang zu konstatieren. In den alten Bundesländern sind im Jahre 1992 59 Prozent der jungen Menschen Mitglied in mindestens einer der angegebenen Organisationen, fünf Jahre später sind es nur mehr 52 Prozent. In den neuen Bundesländern reduzierte sich der entsprechende Anteil von 50 auf 39 Prozent. Diese Tendenzen finden sich auch in der Gesamtbevölkerung und bestätigen im Sinne der Individualisierungsthese die nachlassende Integrationskraft traditioneller Institutionen.⁷ Die niedrigeren Mitgliedschaftsquoten in den neuen Bundesländern verweisen darüber hinaus auf einige Spezifika: einerseits auf die geringere Verbreitung und kürzere Tradition und andererseits auf gewisse Vorbehalte gegenüber westlich geprägten Vereinen und Verbänden.

Mitgliedschaft in einer Organisation ist eine zentrale Form sozialer Beteiligung. Sie bedeutet aber

6 Vgl. Anke Schöb, Verminderung gesellschaftlichen Zusammenhalts oder stabile Integration?, in: ISI 22. Juli 1999, S. 8–11; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1999, Bonn 2000, dort analysierte Entwicklungen für die Zeitpunkte 1984, 1988, 1993 und 1998 (West) bzw. 1993 und 1998 (Ost) anhand der Bevölkerungsumfragen des „Wohlfahrtsurveys“. (ISI = Informationsdienst soziale Indikatoren).

7 Vgl. A. Schöb (Anm. 6.); B. Weßels (Anm. 5) konstatiert, dass sich zwar keine generelle Mitgliederkrise bei der Wahlbevölkerung abzeichnet, aber eine Verschiebung von traditionellen Großorganisationen zu Mitgliedschaften im Freizeitbereich.

nicht automatisch auch Aktivität im Rahmen der Ziele des Vereins oder der Organisation. Das Verhältnis von aktiver und nichtaktiver Mitgliedschaft ist bei verschiedenen Organisationen durchaus unterschiedlich. Während bei Gewerkschaften, Berufsverbänden und Parteien ein nicht unbeachtlicher Anteil der Mitglieder keinerlei Aktivität zeigt, ist der Anteil solcher passiven Mitglieder etwa bei Jugend- oder Studentenverbänden oder Sportvereinen nur sehr gering.⁸ Insgesamt zeigt sich ansonsten ein ähnliches Bild wie bei den reinen Mitgliedschaften: Aktiv in mindestens einer Organisation sind in den alten Bundesländern deutlich mehr 16- bis 29-Jährige als in den neuen, und auch die Abnahme von 1992 auf 1997 ist zu sehen (vgl. Tabelle 1).

Von spezifischem Interesse im Kontext der politischen Beteiligung ist die Mitgliedschaft in politischen Parteien, weil diese die wichtigsten Vermittler im politischen Prozess darstellen und als solche im Grundgesetz verankert sind.⁹ Zwar sind die Mitgliederzahlen in Parteien insgesamt niedrig und auch eher rückläufig, aber der Rückgang zeigt sich über die letzten Jahrzehnte verstärkt bei den Jüngeren. Diese „Parteimüdigkeit der Jugend“ hat als Konsequenz einen „Vitalitätsverlust“ der Parteien (Elmar Wiesendahl).¹⁰ Der „Alterungsprozess“ der Parteien ist auch durch den Wandel der Beteiligungsformen zu erklären, „da die neueren, unkonventionellen Formen politischer Partizipation vor allem eine Domäne der Jüngeren sind, die mit der überkommenen Organisationskultur der traditionellen Parteien zunehmend weniger anfangen können“¹¹.

2. Informelle Gruppierungen mit neuen Beteiligungsformen

Die von ihren Ursprüngen her als Neue soziale Bewegungen bezeichneten informellen politischen Gruppierungen thematisieren spezifische soziale

8 Im Jugendsurvey 1997 liegen die Werte unter 10 Prozent.

9 Vgl. ausführlicher hierzu Elmar Wiesendahl, Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/2001, S. 7–19, sowie Zahlen in Oskar Niedermayer, Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (2001) 2, S. 434–439.

10 Beispielsweise ist bei der SPD der Anteil der Mitglieder im Alter von 16–30 Jahren von 1990 auf 2000 von 10 Prozent auf 5 Prozent gesunken, vgl. O. Niedermayer (Anm. 9); bei der PDS liegt der Anteil der unter 40-Jährigen in Ostdeutschland bei 8 Prozent (Süddeutsche Zeitung vom 19./20.5.2001).

11 Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften: Zustand und Perspektive, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (2000) 2, S. 100.

Tabelle 2: Aktivität in informellen Gruppierungen (Zeilenprozent)*

	1992		1997	
	finde ich gut . . .		finde ich gut . . .	
	aktiv	nicht aktiv	aktiv	nicht aktiv
West				
Umweltschutzgruppen	14	73	12	73
Friedensinitiativen	11	68	6	70
Anti-AKW-Initiativen	5	54	5	47
Selbsthilfegruppen	5	63	4	62
Frauen-/Männergruppen	4	42	3	35
Dritte-Welt-Initiativen	5	60	6	62
Menschenrechtsgruppen	5	68	5	67
Stadtteil-/Nachbarschafts-/ regionale Initiativen			8	50
Tierschützer/Tierschutzinitiativen			10	69
aktiv in mind. einer Gruppierung von Umweltschutzgr. bis Menschenrechtsgr.	22		21	
Ost				
Umweltschutzgruppen	10	70	7	73
Friedensinitiativen	9	70	5	73
Anti-AKW-Initiativen	3	45	2	48
Selbsthilfegruppen	3	54	4	63
Frauen-/Männergruppen	2	33	2	33
Dritte-Welt-Initiativen	3	56	5	55
Menschenrechtsgruppen	4	66	3	60
Stadtteil-/Nachbarschafts-/ regionale Initiativen			7	50
Tierschützer/Tierschutzinitiativen			7	71
aktiv in mind. einer Gruppierung von Umweltschutzgr. bis Menschenrechtsgr.	18		14	

* Die Frage lautete: „In unserer Gesellschaft gibt es neben Organisationen mit fester Mitgliedschaft auch weniger fest organisierte Gruppierungen und Bewegungen, die man gut finden und in denen man mitarbeiten kann“. Die Spalte „aktiv“ in der Tabelle umfasst die Antworten „finde ich gut, arbeite aktiv mit“ und „finde ich gut, besuche ab und zu mal ein Treffen/eine Veranstaltung“; die Spalte „nicht aktiv“: „finde ich gut, mache aber nicht mit“. Die restlichen Angaben auf 100 Prozent enthalten die Kategorien „finde ich weder gut noch schlecht“, „lehne ich ab“ und „kenne ich nicht“.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997

Probleme und ermöglichen aktionsorientierte Partizipation. Sie wenden sich gegen erstarrte und durchrationalisierte Organisationen und wollen neue Formen von Gemeinschaft und Sinnerfüllung ermöglichen. Die Besonderheit solcher Gruppen liegt in der Unmittelbarkeit der sozialen Beziehungen zwischen ihren „Mitgliedern“ und in einer „projektorientierten Mobilisierung“, die sich von den klassischen Mustern langer, sozialstrukturell verankerter Bindung in Großorganisationen unterscheidet.¹² Insofern nehmen sie hinsichtlich der Organisiertheit zwischen diesen Mitgliederorganisationen und informellen sozialen Gebilden eine Mittelstellung ein. Aufgrund ihrer Inhalte, Ziele, Aktivitätsformen und flexiblen Beteiligungsmög-

lichkeiten haben solche Gruppierungen gerade bei jungen Menschen eine hohe Anziehungskraft. Schon in der ersten Welle des Jugendsurveys 1992 zeigten die jungen Ostdeutschen nahezu die gleichen Einstellungsmuster bezüglich solcher Gruppierungen wie ihre westdeutschen Altersgenossen.¹³ Auch 1997 erfahren diese Gruppierungen in West und Ost ein hohes Maß an inhaltlicher und affektiver Zustimmung. Dabei liegen die Umweltschutzgruppen und die Friedensinitiativen auf den ersten Rangplätzen, gefolgt von den Menschenrechtsgruppen. Insgesamt wird vor allem Gruppen, die ökologisch-gesellschaftliche Probleme aufgreifen und politisch thematisieren (Umweltschutz-, Friedens- und Dritte-Welt-Initiativen, Kernkraftgegner sowie Menschenrechts- und Selbsthilfe-

¹² Vgl. Roland Roth, Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie, in: Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand/Thomas Leif (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen – Wiesbaden 1999, S. 51 f.

¹³ Vgl. Helmut Schneider, Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel, in: U. Hoffmann-Lange (Anm. 3), S. 291.

Tabelle 3: Politische Aktivitäten (in Prozent)*

	„habe ich bereits gemacht“		„kommt für mich in Frage“	
	West	Ost	West	Ost
Briefe an Politiker	10	6	33	23
Schreiben von Leserbriefen	14	9	41	31
Spenden für politische Zwecke	11	8	30	22
Teilnahme an öffentl. Diskussionen	31	29	52	51
Bürgerinitiative	9	7	44	42
Unterschriftensammlung	60	61	78	81
genehmigte Demonstration	36	36	61	65
gewerkschaftlicher Streik	8	7	48	50
nicht genehmigte Demonstration	10	14	26	31
Boycott	18	10	37	26

* Die Frage lautete: „Angenommen, Sie möchten politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen bzw. Ihren Standpunkt zur Geltung bringen“. Zunächst wurde eine (längere) Liste vorgelegt mit der Frage: „Welche der Möglichkeiten auf dieser Liste kommen für Sie in Frage, und welche nicht?“, anschließend: „Bitte gehen Sie alle Möglichkeiten nochmals durch. Was davon haben Sie schon gemacht, was davon haben Sie noch nicht gemacht?“

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997

gruppen), bundesweit breite Sympathie entgegengebracht (vgl. Tabelle 2).

Die tatsächliche Beteiligung dagegen, wie sie einerseits in aktiver Mitgestaltung und andererseits im Besuch von Treffen zum Ausdruck kommt, ist weniger stark ausgeprägt (vgl. Tabelle 2). Jedoch ist der Anteil der Aktiven bei den Gruppierungen mit ökologischen und pazifistisch-gesellschaftlichen Zielsetzungen, aber auch bei denen mit lokaler Orientierung, durchaus in einer ähnlichen Größenordnung wie bei verschiedenen Mitgliedschaftsorganisationen. Bei der Betrachtung des Anteils derer, die mindestens in einer der (1992 wie 1997 erhobenen) Gruppierungen aktiv sind, zeigt sich im Westen eine stabile Beteiligung von gut einem Fünftel, allerdings in den neuen Bundesländern ein leichter Rückgang von 18 Prozent auf 14 Prozent.

3. Beteiligung an punktuellen politischen Aktivitäten

Zu einem umfassenden Bild der politischen Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener gehören auch verschiedene punktuellen themenbezogene Formen politischer Artikulation (vgl. Tabelle 3).¹⁴ Solche Beteiligungsmöglichkeiten wer-

den häufig genutzt. Bundesweit haben sich knapp zwei Drittel an Unterschriftensammlungen beteiligt, und etwa ein Drittel hat an einer genehmigten Demonstration oder einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung teilgenommen.

Bei diesen politischen Artikulationsformen wird aber auch die Diskrepanz zwischen Handlungsbereitschaft und tatsächlichem Verhalten deutlich: Während sich beispielsweise etwa die Hälfte der Befragten einem gewerkschaftlich organisierten Streik anschließen und gut 40 Prozent in einer Bürgerinitiative mitmachen würden, hat sich nicht einmal jeder Zehnte an solchen Aktivitäten beteiligt. Etwa ein Zehntel der 16- bis 29-Jährigen hat sich schon einmal durch Briefe an Zeitungen oder Politiker oder durch Spenden in den politischen Prozess eingeschaltet. Ebenfalls jeweils mindestens zehn Prozent war die Artikulation ihrer politischen Vorstellungen schon einmal so wichtig, dass sie dabei bis an die Legalitätsgrenze gingen, indem sie sich an Boykottaktionen oder nicht genehmigten Demonstrationen beteiligten.

Inwieweit ist eine solche Beteiligungsbereitschaft an politischen Aktionen tendenziell stabil oder einem zeitlichen Wandel unterworfen; inwieweit ist sie jugendspezifisch, oder sind die Unterschiede bezogen auf die ältere Generation eher gering? Die Daten des ALLBUS von 1992 und 2000 ermöglichen einige Antworten (vgl. Tabelle 4).¹⁵

14 Zum Wahlverhalten von Jugendlichen – nach Robert D. Putnam „not a typical mode of political participation“ (Anm. 4), S. 35 –, auf das hier nicht eingegangen wird, vgl. E. Wiesendahl (Anm. 9), der eine „Wahlmüdigkeit Jugendlicher“ konstatiert, sowie Wolfgang Gaiser/Johann de Rijke, Partizipation und politisches Engagement, in: M. Gille/W. Krüger (Anm. 3). Zur vollständigen Liste, wie sie im Jugendsurvey 1992 und 1997 erfragt wurde, vgl. den Anhang auf S. 16.

15 Die „Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) werden von Bund und Ländern über die GESIS (Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen) finanziert, von ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V., Mannheim) und Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) rea-

Tabelle 4: Politische Partizipation – ALLBUS 1992 und 2000 (Spaltenprozent)*

		West		Ost	
		1992	2000	1992	2000
Politische Aktivität – „schon beteiligt“					
18–29 Jahre					
	Bürgerinitiative	17	25	11	24
	Unterschriftensammlung	56	70	39	57
	genehmigte politische Demonstration	24	31	25	21
	Boykott	13	14	4	13
30 Jahre und älter					
	Bürgerinitiative	17	26	18	28
	Unterschriftensammlung	43	56	33	58
	genehmigte politische Demonstration	13	16	22	25
	Boykott	6	11	2	5

* Die Frage lautete: „In dieser Frage geht es um Verhaltensweisen, die verschiedene Leute manchmal gewählt haben, um gegen etwas zu protestieren oder um die Öffentlichkeit auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Ich lese Ihnen nun einige solcher Verhaltensweisen vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob Sie selbst sich bereits einmal an einer solchen Aktion beteiligt haben.“

Quelle: ALLBUS 1992, 2000

Die jüngere Generation ist bei solchen Beteiligungsformen nicht durchgängig stärker vertreten. In den alten Bundesländern ist die Generationendifferenz bei Bürgerinitiativen und Boykott gering, allerdings deutlich bei Unterschriftensammlungen (nach dem ALLBUS 2000 haben sich die Jüngeren zu 70 Prozent schon einmal daran beteiligt, bei den Älteren sind es etwas mehr als 50 Prozent) und bei genehmigten politischen Demonstrationen (hier ist die Beteiligung bei den 18- bis 29-Jährigen etwa doppelt so hoch wie bei den über 29-Jährigen).

In den neuen Bundesländern findet man diese Differenz zwischen den Generationen weit weniger. Bei der Beteiligung an Bürgerinitiativen ist das Verhältnis – in allerdings geringerem Ausmaß – sogar eher umgekehrt: Hier geben mehr ältere als jüngere Menschen an, sich schon einmal an einer solchen politischen Aktivität beteiligt zu haben. Nur bei einem Boykott haben sich mehr Jüngere als Ältere schon einmal beteiligt.

Vergleicht man die Beteiligung 1992 mit 2000, so ist bei diesen punktuellen Aktivitäten (im Gegensatz zur Beteiligung in Rahmen traditioneller Organisationen) im Westen kein Rückgang zu verzeichnen: Bei allen Formen ist eine Zunahme der Beteiligung festzustellen, und zwar sowohl bei den 18- bis 29-Jährigen als auch bei den über 29-Jährigen. In den neuen Bundesländern ist die Situation

ähnlich. Nur bei der Beteiligung an einer genehmigten politischen Demonstration ist bei den 18- bis 29-Jährigen keine Zunahme auszumachen. Insgesamt kann hier nicht von einer Beteiligungsmüdigkeit gesprochen werden, und bei stärker politisch orientierten Aktivitäten sind die Jüngeren auch in den neunziger Jahren, jedenfalls in den alten Bundesländern, immer noch aktiver als die Älteren.

III. Politische Beteiligung – Erklärungsfacetten

Die gesellschaftliche Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde bisher in drei unterscheidbaren Bereichen dargestellt: Es ging erstens um die Mitgliedschaft in traditionellen Organisationen, Vereinen oder Verbänden, zweitens um die Beteiligung in Gruppierungen informeller Art, die einem weiteren Begriff von Politik zuzuordnen sind, und drittens um eher situative und zeitlich begrenzte politische Aktionen oder Handlungen.

Kombiniert man die Aktivitäten in traditionellen Vereinen und Verbänden mit solchen in informellen Gruppierungen, lassen sich vier Gruppen von Beteiligung ausmachen: Da sind zunächst diejenigen Personen, die sich in keiner der beiden Formen betätigen – dies sind im DJI-Jugendsurvey von 1997 im Westen Deutschlands 42 Prozent, im Osten 56 Prozent. Folglich sind 58 Prozent im Westen und 44 Prozent im Osten in mindestens

einer Gruppierung bzw. einem Verein aktiv. Ausschließlich in (mindestens) einer traditionellen Organisation sind 31 Prozent im Westen, 24 Prozent im Osten tätig, ausschließlich in (mindestens) einer informellen Gruppierung 11 Prozent in West wie in Ost, schließlich in beiden Formen gleichermaßen sind es 16 bzw. 10 Prozent. Deutlich wird bei dieser gemeinsamen Betrachtung wiederum der West-Ost-Unterschied, der allerdings stärker bei den traditionellen Formen gesellschaftlicher Beteiligung aufscheint.

Welche Zusammenhänge von sozioökonomischen Indikatoren, solchen der Wertorientierungen, der politischen Orientierungen sowie der sozialen Benachteiligung mit Beteiligung in Mitgliedschaftsorganisationen einerseits und Aktivitäten in informellen Gruppierungen andererseits lassen sich feststellen? *Geschlechtsunterschiede* sind bei der Beteiligung an informellen Gruppierungen im Westen zu finden: Das Engagement ist hier bei den Frauen etwas stärker als bei den Männern (31 zu 24 Prozent). Bei den traditionellen Vereinen und Verbänden ist es hingegen umgekehrt: Hier sind Männer gegenüber Frauen in höherem Maße aktiv (im Westen 53 gegenüber 40 Prozent, im Osten 37 zu 29 Prozent). Die gegenläufige Tendenz des Engagements beider Geschlechter bei traditionellen versus unkonventionellen Aktivitäten wird hier also tendenziell bestätigt.¹⁶

Auch ein *Bildungseffekt* wird sichtbar: Junge Menschen mit Abitur engagieren sich häufiger als solche mit einem niedrigeren Bildungsabschluss, dies gilt für beide Formen der Beteiligung.

Bei *Wertorientierungen* spielen postmaterialistische Orientierungen eine gewisse Rolle, wenn gleich die Effekte nicht sehr stark sind: Postmaterialistisch eingestellte Personen sind eher aktiv als solche mit materiellen Orientierungen (im Sinne des Konzepts von Ronald Inglehart).¹⁷ Bei den informellen Gruppierungen findet man zudem eine stärkere Selbstverortung im linken Bereich eines Links-Rechts-Kontinuums. Dies entspricht

wohl auch dem Selbstverständnis der meisten Gruppen der Neuen sozialen Bewegungen. Bei Aktivitäten in traditionellen Organisationen spielt dieser Aspekt politischer Verortung keine Rolle.

Den stärksten beteiligungsrelevanten Effekt hat jedoch das *politische Interesse*, und zwar bei beiden Aktivitätsformen. Bei den informellen Gruppierungen umfassen die Aktiven bei starkem politischem Interesse im Westen 41, bei mittlerem Interesse 27, bei geringem oder keinem Interesse 18 Prozent (im Osten sind es 35, 22 und 13 Prozent). Bei den traditionellen Organisationen liegen die Werte im Westen bei 62, 47 und 36 Prozent, im Osten bei 45, 34 und 27 Prozent. Auffällig ist die nahezu gleiche Stärke des Zusammenhangs zwischen politischem Interesse und Beteiligung. Politische Interessiertheit ist offenbar ein zentraler Faktor für die Motivation, sich zu engagieren – unabhängig vom Bereich, in dem man sich engagiert.

Umstritten ist, inwieweit soziale *Benachteiligung* sich auf die Beteiligung auswirkt, ob mobilisierend – etwa weil man sich durch Engagement eine Verbesserung seiner Lage erwartet – oder im Gegenteil eher lähmend und hindernd, weil sich mit ungünstiger sozialer Lage auch politische Marginalisierung verbindet. Empirisch lässt sich die Gruppe der Arbeitslosen mit den anderen Statusgruppen kontrastieren. Bei den traditionellen Organisationen ergibt sich hier ein deutlicher Zusammenhang: Arbeitslose sind weniger aktiv als Menschen, die eine Arbeit haben (im Westen 30 zu 48 Prozent, im Osten 16 zu 36 Prozent), was somit durchaus als Bestätigung der zuletzt genannten Annahme gelten kann.¹⁸

Insgesamt finden sich somit Hinweise auf erklärende Merkmale. Mädchen und junge Frauen sind eher bereit, sich bei Gruppierungen der Neuen sozialen Bewegungen zu beteiligen. Jungen und junge Männer zeigen stärkeres Interesse an konventioneller Politik und engagieren sich mehr in Vereinen und Verbänden. Bildung erweist sich als wichtiger Faktor für Engagementbereitschaft und politische Aktivität: Je höher das Bildungsniveau ist, desto höher ist – sei es aus Einsicht, wegen verfügbarer Ressourcen, aus Prinzip oder auch aus Nutzens erwägungen – auch das Engagement. Am stärksten aber fördert politisches Interesse gesell-

16 Insbesondere bei den Altersgruppen von 24 bis 29 Jahren zeigt sich diese Gegenläufigkeit im DJI-Jugendsurvey, vgl. W. Gaiser/J. de Rijke (Anm. 14). Vgl. hierzu auch die beiden Abbildungen im Anhang auf S. 16.

17 Nach der Theorie von Ronald Inglehart sind materialistisch orientierte Personen an traditionellen Werten ausgerichtet, während postmateriell Orientierte mehr Wert auf individuelle Selbstverwirklichung und politische Mitsprache legen, vgl. Ronald Inglehart, *Modernisierung und Postmodernisierung*, Frankfurt a.M. – New York 1998. Vgl. auch Martina Gille, *Werte, Rollenbilder und soziale Orientierungen*, in: M.Gille/W. Krüger (Anm. 3).

18 Dies wurde ja bereits bezogen auf Ehrenamtstätigkeit am Beispiel der Arbeitslosigkeit aufgezeigt, vgl. Marcel Erlinghagen, *Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 52 (2000), S. 291–310.

schaftliche und politische Beteiligung, und auch ein geringes Bildungsniveau kann sich bei solchem Interesse durchaus mit soziopolitischer Aktivität verbinden.¹⁹

IV. Ausblick

Gesellschaftliche und politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat eine Vielzahl von Aspekten – einige zentrale wurden in diesem Beitrag angesprochen.²⁰ Die aktive Betätigung in traditionellen gesellschaftlichen Organisationen (Vereine, Verbände, Parteien etc.) ist teilweise im Abnehmen begriffen, teilweise jedoch auch nur durch Verschiebungen und Veränderungen gekennzeichnet. Von einer grundsätzlichen Beteiligungsverweigerung kann also keine Rede sein. Konventionelle Politik wird hierbei allerdings nicht als zentrales Betätigungsfeld gesehen. Aktivität in informellen Gruppierungen hat ein konstantes Niveau und zeugt von der Sympathie für unkonventionelle, flexible und stärker dezentral-selbstbestimmte Aktionsformen. Das betrifft auch zeitlich begrenzte, oft punktuelle politische Hand-

lungsformen ohne langfristige Verpflichtung, die gerade Jugendliche mobilisieren können, wenn diese mit für sie wichtigen Themen angesprochen werden. Die modernen Kommunikationsmittel verstärken möglicherweise diese Tendenzen. Dies sollte von den Organisationen, die sich um eine Mobilisierung der nachwachsenden Generation bemühen, stärker berücksichtigt werden. Sie könnten beispielsweise vermehrt versuchen, die Notwendigkeiten einer kontinuierlichen Zielverfolgung der Organisationen mit den lockeren, zeitlich begrenzten, instrumentell-orientierten Vorstellungen von Jüngeren in Einklang zu bringen.

Grundsätzlich besteht für Jugendliche und junge Erwachsene kein Widerspruch zwischen Selbstentfaltungswerten und prosozialen Orientierungen. Mangelnde Partizipation ist eher darauf zurückzuführen, dass ihnen angesichts der vielfältigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten, sich für und damit auch gegen etwas zu entscheiden, oft keine Zeit mehr für „zusätzliches“ Engagement bleibt. Privates Lebensumfeld, Freunde, Partner und Familie auf der einen, Bildung, Beruf und Arbeit auf der anderen Seite liegen bei steigender Tendenz ganz oben in der Wichtigkeitsskala. Organisation, Ausgestaltung und Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe prägen somit zunehmend das Leben der jungen Menschen. Gleichzeitig findet eine stärkere Individualisierung der Jugendbiografie statt: Anbindungen an soziale Milieus schwächen sich ab und Brückenschläge, wie z. B. von der Erwerbsarbeit zu gewerkschaftlichem Engagement, werden seltener. Die Unzufriedenheit mit der politischen Einflussmöglichkeit und der Mitbestimmung in Schule und Beruf verweist aber auf uneingelöste Gestaltungsansprüche der jungen Menschen.

19 Diese Faktoren wurden auch bei Analysen der Wahlbevölkerung im Hinblick auf Mitgliedschaft in Organisationen herausgestellt, vgl. Anm. 6. Die Zusammenhänge im Jugendsurvey sind zwar nicht sehr stark, und andere Faktoren wie etwa die Einschätzung des Erfolges eines konkreten Engagements oder die Rolle der sozialen Einbettung bei den Aktivitäten – dies hatte sich als einer der zentralen Faktoren für das ehrenamtliche Engagement etwa gezeigt (vgl. Anm. 1) – dürften eine wichtige Rolle spielen.

20 Auch ehrenamtliches Engagement ist bei Jüngeren nicht unbeträchtlich und weist auf potenzielle Motivation hin, sofern Eigenverantwortung und neue Formen von Interessen und Bedürfnissen Jugendlicher in den Organisationen Rechnung getragen wird (vgl. Anm. 1).

Anhang:

Tabelle: Veränderung politischer Verhaltensbereitschaften (in Prozent)

Verhaltensbereitschaften	West		Ost	
Beteiligung an Wahlen*	94	93	91	89
absichtliches Nichtwählen*	29	23	30	23
Wahl einer extremen Partei*	20	16	23	17
Arbeit in Mitbestimmungsgremium	48	55	48	51
Briefe an Politiker	29	33	24	23
politisches Amt	19	21	18	14
Schreiben von Leserbriefen	36	41	29	31
Parteiarbeit	23	23	21	15
Spenden für politische Zwecke	32	30	28	22
Teilnahme an öffentl. Diskussionen	52	52	54	51
Bürgerinitiative	45	44	40	42
Unterschriftensammlung	77	78	83	81
genehmigte Demonstration	62	61	79	65
gewerkschaftlicher Streik	53	48	70	50
andere politische Gruppierung	26	22	27	20
nicht genehmigte Demonstration	27	26	37	41
Hausbesetzung	12	14	19	14
wilder Streik	12	13	16	13
Aktionen mit Sachbeschädigung**	7	8	12	10
Aktionen mit Personenschaden***	7	9	12	12
Boycott	32	37	29	26

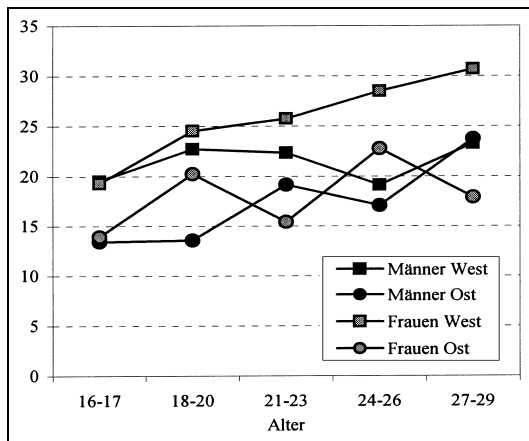
* Bei der Bereitschaft wurden alle Befragten berücksichtigt.

** „Teilnahme an Aktionen, bei denen es schon mal zu Sachbeschädigungen kommt.“

*** „Teilnahme an wichtigen Aktionen, auch wenn nicht völlig auszuschließen ist, dass dabei Personen zu Schaden kommen können.“

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997

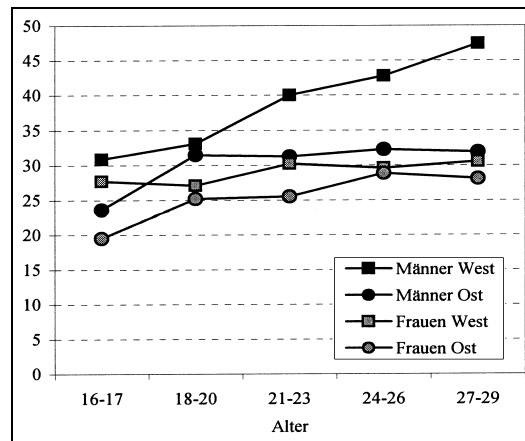
Abbildung 1: Aktivität in neuen sozialen Bewegungen* nach Altersgruppen (in Prozent)



* Entspricht der Mitarbeit bzw. ab und zu dem Besuch eines Treffens/einer Veranstaltung bei mindestens einer der folgenden Gruppen: Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen, Anti-AKW-Initiativen, Selbsthilfegruppen, Frauen-/Männergruppen, Dritte-Welt-Initiativen, Menschenrechtsgruppen, Stadtteil-/regionale Initiativen.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

Abbildung 2: Mitgliedschaft in Vereinen/Verbänden* nach Altersgruppen (in Prozent)



* Entspricht der Mitgliedschaft in mindestens einem der folgenden Vereine bzw. Verbände: Gewerkschaft, Berufsverband, politische Partei, kirchlicher Verband, Heimat-/Bürgerverein, Jugend-/Studentenverband, sonstige gesellige Vereinigung, anderer Verein oder Verband.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.